



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 24/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 24/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KRANZNIEDERLEGUNG FÜR DIE OPFER DES 17. JUNI



17. Juni 23

Kranzniederlegung am Mahnmal für die Mauertoten und die Opfer des 17. Juni

Wir gedenken heute der Opfer des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953.

Damals erhoben sich auf dem Gebiet der DDR etwa eine Million Menschen in über 500 Städten und Gemeinden gegen die kommunistische Unterdrückung und forderten die Rücknahme unerfüllbarer Arbeitsnormen, den Rücktritt der Regierung, die Freilassung politischer Gefangener und freie Wahlen in einem wiedervereinigten Deutschland.

Der Aufstand wurde von den sowjetischen Besatzungstruppen mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Es gab über 50 Tote und mehr als 15.000 Verhaftungen.

In den westlichen Bundesländern war der 17.

Juni bis zur Wende ein nationaler Gedenk- und Feiertag. Inzwischen droht das Gedenken an die mutigen Menschen der DDR, die sich nicht erst 1989, sondern bereits 1953 gegen Unrecht und Unterdrückung zur Wehr gesetzt hatten, aber zunehmend in Vergessenheit zu geraten. Darum setzt sich die AfD-Fraktion im Bundestag auch mit eigenen Anträgen dafür ein, dem Gedenken an den 17. Juni wieder mehr Raum zu geben.

Gemeinsam mit vielen Abgeordneten der AfD bin ich gestern im Anschluss an die Gedenkstunde im Bundestag der Einladung gefolgt, an einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Mauertoten und die Opfer des 17. Juni an der Gedenkstätte zwischen Reichstag und Brandenburger Tor teilzunehmen.

Als beschämend empfanden wir, dass kein einziger Abgeordneter der anderen Fraktionen dieser Einladung gefolgt ist.

Das folgende Video vermittelt ein paar Eindrücke von dieser Gedenkstunde für die mutigen Menschen, die am 17. Juni 1953 unter Einsatz ihres Lebens für die Freiheit eingetreten sind.

Im Übrigen war ich nicht der Einzige, den bei den Gedenkreden im Bundestag das beklemmende Gefühl beschlich, dass manche Haltung für die die Aufständischen des 17. Juni zurecht gelobt und geehrt wurden, bei den Protesten der Jahre 2020 bis 2022 nicht nur nicht erwünscht war, sondern von der Bundesregierung und den Medien aktiv bekämpft und diffamiert wurde.

Mein Video hierzu können Sie unter folgendem Link aufrufen: <https://www.facebook.com/watch/?v=1188105098538048>





17. Juni 2023: Impressionen der Kundgebung in Gera anlässlich des 70. Jahrestages der blutigen Niederschlagung des Volksaufstands in der DDR





17. Juni 2023: Impressionen der Kundgebung in Mödlareuth: Es war eine sehr gelungene Veranstaltung mit vielen guten Beiträgen.



PARLAMENARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Regierungsbefragung mit Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und Familienministerin Lisa Paus

- **Frau Paus** brachte ein Füllhorn an Wohltätigkeiten für die Bürger mit, wie etwa:
 - Die Verwirklichung der Kindergrundsicherung ab 2025: Ab 2025 soll es zusätzlich zum Kindergeld von aktuell 250 € nochmals den gleichen Betrag on top geben. Gem. Ifo-Institut würde dies zusätzliche Kosten von mehr als 30 Mrd Euro für den Steuerzahler bedeuten, was etwa dem Doppelten des bisherigen Budgets des Ministeriums entspricht.
 - Es handelt sich hierbei um einen Paradigmenwechsel: Während bislang zu wenige Anspruchsberechtigte z.B. Kinderzuschläge abgerufen haben, soll es nun im Zuge der Kindergrundsicherung eine Bringschuld des Staates werden, das Geld an den Mann/Frau zu bringen.
 - Desweiteren soll es noch ein Gesetz zum Schutz von Frauen vor Gewalt geben. Aktueller Anlass seien hier die Geschehnisse rund um die Band „Rammstein“
 - Darüber hinaus will sich der Staat nun auch der Bekämpfung von Einsamkeit widmen.
- **Minister Özdemir** versprach den Landwirten in seiner Einführung noch mehr Sicherheit und Krisenfestigkeit
- Zitat: „Wir – der Staat - investieren in KI, digitale Experimentierfelder und den Ausbau der digitalen Infrastruktur, sowie die Entwicklung von Eiweißpflanzen.“ Das Wort „Krise“ und dessen Abwandlungen kam in seiner 3 1/2-Minuten-Rede 10mal vor.
- Der Abgeordnete Martin Reichardt, AfD, wollte endlich die seit Jahren geschürte „Fachkräftepanik“ durchleuchten und fragte: „Es gibt jetzt eine Fachkräfteoffensive zur Kindererziehung, eine Fachkräfteoffensive für MINT-Berufe, eine Fachkräfteoffensive für Lehrer. Das Handwerk macht eine Fachkräfteoffensive. – Irgendetwas läuft doch seit Jahren schief, denn der Mangel wird immer größer, ob es nicht an der Zeit wäre, familienfreundlichere Politik zu machen?“
- Die Lösung von Frau Paus: Frauen weg von der Familie hin zum Steuerzahlen (*mehr KITA-Plätze*), Fachkräftesog durch Tengel-Anwerbetouren der Minister in Afrika und Südamerika (*Fachkräfte-Einwanderungsgesetz*).
- Stephan Brandner, AfD hakte, zwar ein wenig themenfremd, aber mit Bezug auf Wohltaten wie folgt ein: „Stimmt es, dass Minister 3.000 € Inflationsausgleichsprämie erhalten sollen?“
- Ihre ausweichende Antwort bezog sich auf Tarifabschlüsse für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, die für den genannten Personenkreis gelten.
- Özdemir bestätigte dem Abg. Peter Felser, AfD schließlich, dass Holzverfeuerung trotz „Heizungshammer“ in Zukunft uneingeschränkt möglich sein solle. Da gab es tatsächlich leise Stoßseufzer des geneigten Hörers.

Allgemeine Fragestunde mit dem parl. Staatssekretär Dr. Brandenburg, FDP aus dem Ministerium für Bildung und Forschung

- Gem. der von ihm erwähnten IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) sind ein Viertel der Viertklässler lese-schwach. Als brav dressiertes Koa-Mitglied führte er als mögliche Gründe nur ganz am Ende und ganz versteckt auf: Dazu käme die Veränderung in der Zusammensetzung der Schülerschaft in den letzten Jahren. – Das heißt: Deutschland schlittert sehenden Auges auf Dritte-Welt-Niveau herunter.
- Außerdem haben wir folgende Entwicklung, wie Bernd Schattner, AfD erklärte: Die Schülerzahlen steigen konstant an. Allein bis 2030/31 wird es in der Sekundarstufe ein Plus von 15% geben, der Lehrermangel wird bis dahin auf knapp 80.000 angewachsen sein. Zwei Klassen in Ludwigshafen (so eine Anmerkung von Nicole Höchst im Arbeitskreis) mit kompletter Migrationsbesetzung werden in diesem Jahr sitzenbleiben.
- Jens Brandenburg mogelte sich z.T. sehr geschickt um die Fragen, indem er auf die Zuständigkeit der Länder verwies – aber immerhin habe man das Startchancenprogramm.
- Durch Stephan Brandner erfuhren wir, dass es in Deutschland 200 Gender-Lehrstühle gibt, während es im Jahr 2021 194 Professuren im Forschungsbereich Pharmazie gab (Aussage Brandenburg).
- Auf die Frage des Abg. Michael Kaufmann, AfD in welchem Umfang und in welchem Zeitraum die Forschung zur Kernfusion gefördert werden solle, blieb Brandenburg vage und nannte 149 Mio. pro Jahr: Man stecke in den Haushaltsverhandlungen und wolle hier nicht vorweggreifen. Wir werden sehen, ob sich die fusionsfreundliche FDP-Ressortleitung gegenüber den eher fusionsfeindlichen Koa-Partnern durchsetzen können.
- Gem. MINT-Nachwuchsbarometer 2023 haben Mädchen in der vierten Klasse ggü. Jungen einen Lernrückstand von 15 Wochen. Der MINT-Frühjahresreport des Instituts der deutschen Wirtschaft klärt auf, dass der Anteil der Frauen in sozialversicherungspflichtigen Berufen im MINT-Bereich seit Jahrzehnten bei 16% stagniert.
- Warum die Bundesregierung trotz offensichtlicher geschlechterspezifischer Unterschiede nicht davon ablässt Frauen in diese Berufe zu drängen, wollte Prof. Kaufmann weiterhin wissen.



- Und an dieser Stelle machte sich Brandenburg tatsächlich mal ehrlich, Zitat: „Das ist übrigens nicht nur im Interesse dieser Frauen, sondern in Zeiten des massiven Fachkräftemangels auch im Interesse unseres gesamten Landes, der Volkswirtschaft. Es wäre falsch, auf dieses große Potenzial zu verzichten.“
- (Ein Beispiel des Förderwahns: Das sog. Professorinnen-Programm läuft seit 2008, gesamtes Fördervolumen 320 Mio. €. Hierbei erhalten Universitäre Einrichtungen Anschubfinanzierungen für die Belegung von unbefristeten W2- und W3-Professuren mit Frauen.)

Aktuelle Stunde auf Antrag der Koa, Thema: Zerstörung des Kchowka-Staudamms

- Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der FDP hatte ganz klar Putin als Übeltäter entlarvt und meinte sinngemäß: „Frieden kann nur mit Krieg geschaffen werden [...] Und wir werden sie (*die Ukraine, Anm. d. Verfassers*) weiter unterstützen. Dazu gehören neben humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe auch die Lieferung von Waffensystemen und die entsprechende Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland“.
- Derweil wird auch unverhohlen über eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine diskutiert, aber dazu später.
- Tatsächlich war der Staudamm bereits 2022 vorgeschädigt und hatte zum Zeitpunkt der Explosion aus unergründlichen Ursachen einen unregelmäßig hohen Wasserpegel.
- Hierzu Eugen Schmidt, AfD: „Eine Vorverurteilung Russlands ist entweder nur dilettantisch, oder aber pure Desinformation. Diese Aussage sollte belegt werden, oder aber unterbleiben. Bei NS2 steht für die BuReg immer noch kein Täter fest, aber beim Staudamm hat man ihn sofort gefunden.“

Erste Lesung: CDU-Antrag zum 70. Jahrestag des Aufstandes in der DDR „Finanzierung der Forschungsverbände zur DDR-Forschung sicherstellen – Kommunismus-Forschung stärken – Dr.-Nr. 20/7183

- Ein Lehrstuhl für DDR-Geschichte wäre sinnvoll und auch der Kommunismus solle als eigenständiges Forschungsfeld wahrgenommen werden. Die Mittelkürzung hierfür solle aufgehoben werden.
- Marc Jongen, AfD erkannte, dass es sich auch von Seiten der CDU um Heuchelei handelt, denn Gesinnungsdiktatur sei gerade heute in Deutschland wieder einmal auf dem Vormarsch. Und weiter: „Die sich hier demokratisch nennenden Fraktionen hatten verhindert, dass in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, geführt von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Anette Kahane, kein einziges AfD-Mitglied sitzt. Sie hatten auch verhindert, dass der AfD-eigene Antrag hierzu nicht, eigentlich passend, dem CDU-Antrag beigelegt wurde, allen parlamentarischen Gepflogenheiten zum Trotz...“
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss Bildung.

Hieran anschließend wurden mehrere Anträge der AfD zum Thema DDR, Aufarbeitung der SED-Diktatur abgewiesen, nur Antrag 20/7185 „Wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur“ und 20/7187 „Erhöhung der besonderen Zuwendung für Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR im Zeitraum 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990“ wurden an die Ausschüsse überwiesen.

- Dr. Götz Frömming in seiner Rede: „Der Kommunismus heutzutage trägt ein grünes Mäntelchen und von innen ist er tiefrot. Es gibt noch immer kein Denkmal für die Opfer des Kommunismus, angeblich aufgrund dutzender Probleme. Und genauso werden Säcke voller zerrissener Stasiakten noch immer nicht rekonstruiert. Es wird verschleppt, verschleppt, verschleppt.“

Donnerstag

Am Donnerstagmorgen wurde die TO der Sitzung durch Zustimmung der Koa-Fraktionen inkl. CDU um den sog. „Heizungshammer“ kurzfristig erweitert.

- Bernd Baumann, AfD in der GO-Debatte nach Eröffnung: „Bis Dienstag hatte die SPD bestätigt, dass keine Änderung der TO erfolgen werde. Aber im Laufe des Tages hatte dann die BILD-Zeitung vermeldet, dass das Gesetz doch komme. Diskutiert werden sollte aber nicht ein neuer Entwurf, sondern immer noch der alte des gefeuerten Staatssekretärs Graichen. Noch am Mittwoch hatte Spahn im Namen der CDU die Einbringung abgelehnt, wörtlich: der Entwurf gehört in die Tonne. Tags darauf, nämlich am Do.-Morgen stimmt er der Aufsetzung zu. Diese Regierung irrt sich ohne Sinn und Verstand durch die Gegend.“

„Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung der Heizkostenverordnung und zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsordnung“ (20/6875) erhitzte schließlich die Gemüter im Saal und die Nation:

- Denn man diskutierte nicht einmal den definitiven Entwurf, sondern den alten mit eilig dazugeschusterten „Leitplanken“.
- Marc Bernhard, AfD in seiner Rede: „Es steht immer noch drin, dass Öl- und Gasheizungen nach 30 Jahren ersetzt werden müssen, das wären allein im kommenden Jahr 7 Mio. Öl- und Gasheizungen.“



- Und weiter: „Ölheizungen sind danach wie vor verboten, Gasheizungen nur dann nicht, wenn sie auf Wasserstoff umgerüstet werden könnten, was technisch unmöglich ist. Einzig neu ist, dass man nun auch noch ein verpflichtendes Beratungsgespräch führen muss – was beim Schwangerschaftsabbruch abgeschafft werden soll, wird bei der Heizung Pflicht! Der Heizungshammer ist nicht verschoben. Er kommt, und zwar mit voller Wucht, in sechs Monaten. Der Rechtsausschuss berät – aber über was eigentlich? Über Leitplanken?“

Passend zum wiedererstarkenden Kommunismus wurde im Anschluss der Antrag 20/7195 der AfD „Linksextremismus effektiver bekämpfen – Risikobewertungsinstrument „RADAR-links“ für linksextremistische Gewalttäter einführen“ debattiert.

- Anlass ist die „Hammerbande um Lina E.“ Es wird unter anderem gefordert, das bestehende Risikobewertungsinstrument RADAR-ITE auch auf den Phänomenbereich PMK -links- unter Beachtung erforderlicher Anpassungen schnellstmöglich zu übertragen (bisher hatte man sich auf PMK-rechts- konzentriert).
- Der Antrag ging an den Rechtsausschuss.

Wahlen zu Gremien: Mariana Harder-Kühnel fiel durch bei der Wahl zum Bundestagsvizepräsident, genau wie Ihre AfD-Kollege Stefan Keuter bei der Wahl ins Parlamentarische Kontrollgremium – ohne Kommentar.

Nächste Krise: Den Apotheken steht das Wasser bis zum Hals: Medikamentenmangel, Personalmangel und seit Jahren gleichbleibende Honorare trotz steigender Kosten und die billige Internetkonkurrenz trieb die Apotheker am Donnerstag in ganz Deutschland auf die Straße. Derweil wurde im Parlament in der Aktuellen Stunde von den Oppositionsparteien der von der Koa vorgelegte Gesetzesentwurf gegen Arzneimittel-Lieferengpässe (20/6871) kritisiert.

- Martin Sichert, AfD hierzu: „Die Schieflage war schon seit Jahren absehbar.“ Im Jahr 2000 seien noch mehr als die Hälfte der Wirkstoffe in Europa hergestellt worden, heute kämen mehr als 80 Prozent der Wirkstoffe aus China und Indien. Deutschland sei inzwischen völlig abhängig von Asien. „Der Medikamentenmangel ist hausgemacht.“

Wie im Wochenrückblick KW21 schon über die 1. Lesung berichtet, erfolgte nun die 2. und 3. Lesung der Gesetzesvorlage der Bundesregierung (20/6821), mit welcher europäisches in deutsches Recht umgesetzt wurde.

- Die Allgemeine Sperrklausel (Mindestschwelle) für die Sitzvergabe zum EU-Parlament beträgt jetzt auch in Deutschland 2%. Hierfür war eine 2/3-Mehrheit erforderlich, also mindestens 491 Zustimmungen. Die Koa allein wäre also gescheitert.
- Wer beschaffte hier wieder einmal die Mehrheit: Die Scheinopposition CDU/CSU.
- Außerdem wurde nun auch der Weg für eine EU-weite elektronische Stimmabgabe freigegeben.
- Fabian Jacobi hierzu: „Die Nachprüfbarkeit des Wahlvorgangs und des Ergebnisses ist höchst bedenklich.“

Die zweite namentliche Abstimmung der Woche erfolgte in 2. und 3. Lesung zum Gesetzesentwurf der Koa 20/6496 und 20/6877 mit der Bezeichnung: „Zur Regelung der Entsendung von Kraftfahrern und Kraftfahrerinnen im Straßenverkehrssektor und zur grenzüberschreitenden Durchsetzung des Entsenderechts“.

- Hierdurch wird nun ein wenig Gerechtigkeit für deutsche Transporteure gegenüber EU-Transportunternehmen geschaffen, die ebenfalls in Deutschland Kraftfahrer einsetzen und nunmehr auch dem Entsenderecht gem. EU-Richtlinie 2020/1057 unterliegen. Höchstarbeitszeiten, Mindestruhezeiten und Pausenzeiten gelten nun auch für sie.
- Norbert Kleinwächter, AfD hierzu: „Wenn Kontrollen nicht funktionieren, es Bußgeldrabatte für gewisse Länder gibt und der elektronische Fahrtenschreiber nicht für alle gilt, dann nützt auch die Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht nichts.“
- Das Gesetz wurde unter Enthaltung der AfD angenommen.

Antrag Nr. (20/6776) der AfD: Forderung der Einsetzung eines 16köpfigen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der familiären und persönlichen Verstrickungen rund um das Bundeswirtschaftsministerium

- Graichen, Schäfer, Kellner, Philipp, Hohn, Gates, Soros, Harvey, Black Rock und kein Ende. Mit diesem Antrag fordert die AfD die Einsetzung eines 16köpfigen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der familiären und persönlichen Verstrickungen rund um das Bundeswirtschaftsministerium.
- Der Antrag wurde nach 1. Lesung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen.

CDU-Antrag Nr. 20/7189, Thema: Wiederaufbau der Ukraine

- Die CDU hatte am Donnerstag mal wieder sehr viel deutsches Steuergeld für Projekte fern der Heimat locker und forderte in ihrem Antrag 200 Mio. EUR für den Wiederaufbau der Ukraine, hauptsächlich im Agrarsektor.
- „Die Kirche im Dorf zu lassen“, forderte Markus Frohnmaier, AfD in seiner Rede:

- „Was ist mit den Milliarden bilateraler Entwicklungshilfe vor Kriegsbeginn, was mit der Aufnahme von 1 Mio. ukrainischer Flüchtlinge, der Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern?“
- „Anscheinend sind sowohl Habeck (Zitat: „Wenn die Menschen in der Ukraine frieren sollten, dann müssten wir unsere Wirtschaft/Industrie drosseln“) als auch Baerbock („Egal, was meine deutschen Wähler denken...“) eher ukrainische Minister, als deutsche. Die Bürger haben von Ihrer Politik die Nase voll, sie wollen nicht bis in alle Ewigkeit für Kiew zahlen.

In 2. Und 3. Lesung wurde der „Wolf im Schafspelz“, nämlich der Gesetzesentwurf der Bundesregierung (20/6436) gegen die Stimmen der AfD beschlossen.

- Vordergründig behandelt der Antrag, dass Sterbezahlungen direkt an das RKI gemeldet werden sollen. Lt. Seite des Bundestags dient dies der Erfassung von Hitzewellen (man beachte die aktuelle Ankündigung von Karl Lauterbach von kommenden „Hitze-LockDowns“), anderen belastenden Umweltbedingungen oder Krankheitsgeschehen und soll auffällige Verläufe aufzeigen.
- Mit anderen Worten: Das RKI kann damit schneller Maßnahmen gegen die Bevölkerung ausrufen (z.B. Pandemieausrufung).
- Im Antrag versteckt war jedoch die Änderung des Bundesbeamtengesetzes, also ein sog. Omnibusgesetz, das die AfD allerdings entlarven konnte.
- Steffen Janich: „Beamte auf Lebenszeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und die Beamten des BSI sollen in politische Beamte umgewandelt werden. Hiermit soll die Fehlentscheidung von Nancy Faeser den Chef des BSI, Arne Schönbohm aufgrund einer Comedysendung kaltzustellen, im Nachhinein unter den Teppich gekehrt werden. Pfui!“
- Wieder einmal stimmte die Schein-Opposition CDU/CSU für den Antrag, die AfD dagegen, die Linke enthielt sich.

Freitag:

Feierliche Gedenkstunde zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR.

- Pathetische Ansprachen durch Parlamentspräsidentin Bas und Bundespräsident Steinmeier. Freiheit und Demokratie waren die vielbeschworenen Schlagworte, von Patriotismus keine Rede und auch nicht davon, dass der Sozialismus alles zerstört hat. Das Deutschlandlied konnte Robert Habeck schließlich erwartungsgemäß auch nicht mitsingen, man erinnere sich an sein Zitat: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen...“
- Nur der Abg. Kay-Uwe Ziegler, AfD sprach später aus, was die meisten denken: Von Freiheit könne man hier kaum mehr sprechen, nach dem, was in den letzten 3 Jahren in Deutschland passiert war.

Es folgte die Unterrichtung über die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung Dr.-Nr. 20/7220.

- Das Motto: Sicherheit umfasst alle Politikbereiche.
- Eckpunkte hieraus: Man bekennt sich zur NATO und dem Ziel, die Verteidigungsausgaben auf 2% des BIP anzuheben. Deutschland solle einseitige Abhängigkeit von Energielieferanten verringern. Russland sei die größte Bedrohung für die Weltordnung. Man suche keine Konfrontation mit Russland, sondern sei bereit für eine Verteidigung der Verbündeten.
- Die EU solle erweitert werden um die Ukraine, Moldawien, die westlichen Balkanländer und „eventuell“ Georgien. China sei sowohl Partner, Konkurrent, als auch Systemrivale.
- Joachim Wundrak, AfD betitelte das Papier als eine Ansammlung von Phrasen.
- Der Ausschuss berät weiter.

Sinnvoll war der CDU-Antrag 20/7192 „Bundeshaushalt für 2024 vorlegen, Haushaltskrise abwenden“

- In der ersten Septemberwoche findet die 1. Lesung des Haushalts 2024 statt und die Koalition kann weder vor noch während der Sommerpause einen Entwurf vorlegen. Tatsächlich befindet sich Deutschland trotz schwachem Euro in einer Rezession, die Lage sei außerordentlich herausfordernd, so der Antrag.
- Er wurde abgelehnt bei Stimmenthaltung der AfD.

CDU-Antrag 20/5559, Thema: Verschiebung der sich in Beratung befindlichen EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur

- Die in der Beratung befindliche EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, welche im Ernstfall Landwirtschaftliche Flächen dem Naturschutz zuführen will, was faktisch einer Enteignung gleichkommt, wollte die CDU mit diesem Antrag aufgrund der unsicheren Situation der Versorgungssicherheit in Deutschland (siehe Ukrainekrieg) verschieben.
- Aber Andreas Bleck legte sowohl die Halbherzigkeit, als auch die Heuchelei des „Nicht-Fisch-und nicht-Fleisch“-Antrags offen.
- Bei weiterem Flächenbedarf für die Windkraftanlagen, Bedarf von Infrastruktur und Flächen für Produktion und der ohnehin schon hohen Belastung der Landwirtschaft muss die EU-VO nicht nur verschoben, sondern aufgehoben werden.
- Die CDU-Initiative wurde hier in 2. und 3. Lesung abgelehnt, das Schicksal der EU-VO wird in Brüssel entschieden werden.





14. Juni 23

Wenn sogar Apotheker auf die Straße gehen, um zu demonstrieren, dann muss die Lage ernst sein.

Und sie haben allen Grund, denn wegen einer verfehlten Gesundheitspolitik stehen viele Apotheken heute mit dem Rücken zur Wand.

Sehen Sie sich mein Video zum Thema unter folgendem Link an:

<https://www.facebook.com/watch/?v=278674711339757>

Wahlkreisschlagzeilen der Woche

- In Sonneberg sorgt das mit 46,7% sehr gute Wahlergebnis des AfD-Kandidaten Robert Sesselmann für einen Aufschrei in der Politik: Bei der anstehenden Stichwahl wollen alle gegen den AfD-Kandidaten mobil machen.
- Thüringens einzige Bergbahn in Oberweißbach wird an diesem Wochenende 100 Jahre alt.
- In Jena wurde ein neues Flugobjekt entwickelt, welches aus der Luft das Erdreich nach Bodenschätzen erkunden kann.
- Das Gastgewerbe in Thüringen geht auch noch nach dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen deutlich zurück.
- Es gibt eine neue Beratungsstelle in Thüringen für Menschen, welche Hass und Hetze im Netz erfahren. Diese arbeitet mit der Opferberatungsstelle „EZRA“ zusammen.
- Die Thüringer AfD will den Verfassungsschutz verklagen.
- Das Erdgasnetz in Thüringen soll für Wasserstoff und andere gasförmige Energieträger weiterentwickelt werden.



Eindrücke vom Infostand der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag beim Thüringentag in Schmalkalden mit Unterstützung der Landesgruppe Thüringen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Vielen Dank an alle Besucher!



KOMMENDE TERMINE:

BÜRGERSPRECHSTUNDE

30 JUNI **BÜRGERBÜRO PÖBNECK**
Breite Straße 32
13 - 15 Uhr

ANMELDUNG UNTER:
Telefonnummer: 03671 / 5232348 ODER
E-Mail: michael.kaufmann.wk@bundestag.de

FRAGEN SIE IHREN ABGEORDNETEN!

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



PROF. KAUFMANN VOR ORT!

30 JUNI **INFOSTAND PÖBNECK**
Breite Straße
10 - 13 Uhr



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



Kahla

Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mi.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Pöbneck

Breite Straße 32
Tel.: 03671 5 23 23 48
Fr.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Saalfeld

Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Darüber hinaus sind
auch Termine nach
Vereinbarung möglich!



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



 www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

 @AfDKaufmann
 @KaufmannAfD
 @KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P. Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

